

Regierungsschwierigkeiten Daladiers

Zwei Minister verlassen das Kabinett, weil Frankreich mehr arbeiten soll

In Frankreich ist eine Regierungskrise ausgebrochen. Der Minister für öffentliche Arbeiten, Frossard, und der Arbeitsminister Ramadier, die beide der sozialistisch-republikanischen Vereinigung angehören, haben ihren Rücktritt aus dem Kabinett Daladier erklärt. Der Rücktritt der beiden Minister soll auf eine Erklärung Daladiers über die Notwendigkeit der Abänderung der 40-Stunden-Woche zurückzuführen sein.

Die Erklärung Daladiers war in einer Rundfunkrede des französischen Ministerpräsidenten abgegeben worden. Zunächst hatte Daladier ausgesprochen, daß er nicht an die Unabwendbarkeit eines Krieges glaube. Nach einem Hinweis auf die Bande der Freundschaft mit den großen Demokratien betonte der Ministerpräsident, auf den französischen und ausländischen Märkten habe man an der Festigkeit des Francs und an der Zukunft der französischen Währung gezweifelt, weil das nationale Einkommen Frankreichs seit mehreren Jahren ständig abgenommen habe, während gleichzeitig die Lasten des Staates und der Gemeinden ständig zunähmen.

Das nationale Einkommen Frankreichs habe im Jahre 1914 38 Goldmilliarden betragen, im Jahre 1931 sei es bis zu 49 Goldmilliarden gestiegen, im Jahre 1937 habe es nur noch 22 Goldmilliarden betragen, von denen der Staat und die Gemeinden 10 Milliarden entnahmen. Daladier zog aus dieser Tatsache den Schluß, daß Frankreich sein nationales Einkommen erhöhen müsse. Man müsse Frankreich wieder an die Arbeit stellen.

Dabei sprach Daladier von einer Abänderung des 40-Stunden-Woche-Gesetzes. In keinem Lande der Welt, außer Frankreich und Mexiko, werde die Arbeit durch ein 40-Stunden-Woche-Gesetz geregelt. Man müsse mehr als 40 Stunden in den Fabriken arbeiten, die für die Landesverteidigung tätig seien. Es handle sich durchaus nicht darum, das 40-Stunden-Woche-Gesetz abzuschaffen, sondern nur darum, allen Unternehmen die Möglichkeit zu geben, mehr zu arbeiten.

Daladier bleibt fest

Eine Erklärung zur Ministerkrise

Ministerpräsident Daladier gab nach der kurzen Ministerkrise am Montagmorgen eine Erklärung für die Presse, in der er zunächst noch einmal auf die Gründe der Krise zu sprechen kam, die die Minister Frossard und Ramadier zum Rücktritt veranlaßt

hätten. Daladier wies darauf hin, daß jedermann berechtigt sei, seine eigene Meinung zu haben. Er stehe jedenfalls auf dem Standpunkt, daß Frankreich verloren sei, wenn es nicht normal arbeite. Hierzu wolle er nur ein Beispiel anführen. Die französischen Werke dürften weiterhin nicht Aufträge zurückweisen. So habe z. B. erst kürzlich ein Werk einen Auftrag in Höhe von 15 Millionen Francs von Amerika zurückweisen müssen, weil das Gesetz der 40-Stunden-Woche ihm die Ausführung dieses Auftrages nicht gestattet habe. (1) Er sei nicht gegen die 40-Stunden-Woche. Aber er müsse darauf hinweisen, daß die Fabriken normal arbeiteten.

Proteste der Gewerkschaften

Am Schluß der Sitzung des Verwaltungsrats der marxistischen Gewerkschaften erklärte der kommunistische Gewerkschaftssekretär Racamond, der Verwaltungsrat habe „die Wirkung der Rede Daladiers geprüft und habe den lauteften Protest“ von seiten der Mehrzahl der Verwaltungsratsmitglieder festgesetzt. Einstimmig seien die Verwaltungsratsmitglieder der Ansicht, daß das Land durch die in dieser Rede angenommene Haltung „überrast“ worden sei. Der Verwaltungsrat fordere sämtliche der marxistischen Gewerkschaft angegliederten Organisationen auf, wachsam zu bleiben und das rubiae Blut nicht zu verlieren angesichts einer Aktion, die zur „Verteidigung der 40-Stundenwoche“ beschlossen werden könnte.

Die Rede Daladiers findet auch in den Kreisen der Metallarbeitergewerkschaft schärfste Ablehnung. In ihrer Erklärung fordert die Gewerkschaft ihre Mitglieder auf, alle Weisungen des Verbandes strikt zu befolgen und sich für die Verteidigung der 40-Stunden-Woche sowie für die „endgültige und wirkliche Anwendung des Volksfront-Programms“ einzusetzen.

Der Verwaltungsrat der marxistischen C.G.T.-Gewerkschaft, der am Montag nachmittag zur Beratung über die Rede Daladiers zusammengetreten war, hebt ebenfalls den schärfsten Protest gegen die Erklärungen des Ministerpräsidenten, die eine Verurteilung der 40-Stunden-Woche bedeuteten. Der Verwaltungsausschuß der C.G.T. fordert die angeschlossenen Organisationen auf, sich für eine „gemeinsame Aktion bereitzubalten“, die die Verteidigung der 40-Stunden-Woche erheischen könnte.

London prüft Francos Antwort

Nationalspanien fordert Rechte Kriegführender

Die englische Presse befaßt sich eingehend mit der Antwortnote Francos auf den britischen Freiwilligenplan, der nunmehr in vollem Wortlaut veröffentlicht worden ist. In der Note nimmt die nationalspanische Regierung zu den Fragen einer Zurückziehung der ausländischen Freiwilligen aus Spanien, der Errichtung einer Land- und Seefrontlinie und der Gewährung von Kriegführenden-Rechten Stellung. Der wesentliche Punkt der Note ist, daß General Franco vor Anwendung des Freiwilligenplanes die Zuerteilung der Rechte Kriegführender fordert. Die Note wird von Lord Plymouth, dem Vorsitzenden des Nichtmischungsausschusses, geprüft, der mit Mitgliedern des Ausschusses Fühlung nimmt.

Man versteht nicht recht, warum die Note Francos mit ihren berechtigten Forderungen den englischen politischen Kreisen Kopfzerbrechen verursacht. Nach der Londoner Zeitung „Times“ sei der erste Gedanke, den man in London gehabt habe, der gewesen, daß, wenn diese Forderungen Francos letztes Wort seien, der Nichtmischungsausschuß in eine sehr schwierige Lage veretzt würde. Man verkenne in London nicht die Schwierigkeiten, die sich nach Francos Ansicht bei der Zählung der Freiwilligen ergeben würden, und begrüße das Angebot, zwei Sicherheitszonen in Nationalspanien zu garantieren.

Große Beachtung finde auch in London der Schlußabsatz der Note, nach dem Nationalspanien jede Verpfändung spanischen Bodens territorialer oder wirtschaftlicher Art verweigere.

In der Pariser Presse wird von einigen Blättern mit besonderer Sympathie die Erklärung Francos über die Unabhängigkeit Spaniens hervorgehoben. Allerdings sieht u. a. der dem französischen Außenministerium nahestehende „Petit Parisien“ in den Vorbehalten Francos ein schwieriges Hindernis für die Durchführung des Freiwilligenplanes. Der „Jour“ ist optimistisch und glaubt, die Verhandlungen in London könnten zu einer Einigung führen, denn tatsächlich sei jetzt die Mehrzahl der Regierungen, abgesehen von Moskau, von der Rechtmäßigkeit des nationalspanischen Wunsches auf Kriegführenden-Rechte überzeugt.

Die Unabhängigkeitserklärung der spanischen Nationalregierung sehe im übrigen den Gerüchten über eine Einigung der Italiener auf den Balearen, der Deutschen in Spanisch-Marokko, und der Fabel der deutsch-italienischen Wirtschaftsbündelung in Spanien ein Ende.

Schließlich meint der „Matin“, die Sowjets würden eine verzweifelte Anstrengung machen, um jetzt einen Abbruch der Verhandlungen vor dem Nichtmischungsausschuß zu erreichen. Den Regierungen von Paris und London falle die Aufgabe zu, wieder einmal die schieflichen Hoffnungen der Sowjetunion zuzufanden zu machen.

Francos Note

In der Note der nationalspanischen Regierung wird einleitend die grundsätzliche Bereitschaft der nationalspanischen Regierung zur Zurückziehung der Freiwilligen festgestellt und erklärt, daß die Regierung Franco zur Zurückziehung von Freiwilligenintentionen geneigt sei, wenn sie auf beiden Seiten gleichermäßen vorgenommen werde. Dann wird der Anspruch auf Kriegführendenrechte erhoben, bei dem es sich um einen wohl begründeten Rechtsanspruch der

nationalspanischen Regierung handle, welche alle dafür notwendigen Voraussetzungen besitze.

Die uneingeschränkte und unbedingte Zuerkennung der Kriegführendenrechte sei Vorbedingung für die Annahme des Planes. Im übrigen verweist die Regierung Franco auf die Schwierigkeiten der Freiwilligenausklümmung. Die Grundlage für eine proportionale Zurückziehung sei die Auszahlung der ausländischen Freiwilligen auf jeder Seite.

In der Note wird dann der Zweifel ausgesprochen, ob der Londoner Ausschuß die Garantie geben könne, daß die Spaniensowjetisten nicht eine Verheimlichung der wirklichen Stärke der in ihren Reihen kämpfenden Freiwilligen vornehmen. Im übrigen Teil der Note wird auf die Grenzüberwachung, Seebeobachtung und Luftbeobachtung eingegangen. Die Luftüberwachung sei mit der militärischen Lage Spaniens unvereinbar und infolgedessen undurchführbar. Die Regierung Francos stimme jedoch der Errichtung und Verstärkung der Kontrolle an den spanischen Landesgrenzen zu. Die Seebeobachtung sei unzulänglich. Man müsse vor allem die vorgeschlagene Ueberwachung in die Ausgangshäfen der Schmugglerschiffe verlegen.

Zum Schluß der Note heißt es dann, daß Nationalspanien feierlich erkläre, daß es für die Größe und Unabhängigkeit Spaniens kämpfe, daß es nicht und niemals auch nur die geringste Verpfändung spanischen Bodens oder spanischer Wirtschaft zustimme, und daß Nationalspanien zu allen Zeiten und bis zum äußersten sein Gebiet, seine Protektorate und Kolonien verteidigen werde, falls irgend jemand einen Angriff wagen sollte.

Chamberlain prüft die Franco-Note

Bedingungslose Annahme des Planes nicht zu erwarten. Ministerpräsident Chamberlain ist sofort nach seinem Eintreffen in London eine Abschrift der Antwortnote General Francos auf den englischen Freiwilligenplan zur Prüfung überreicht worden.

An zuständiger Stelle in London ist man in der Beurteilung der Franco-Antwort auch weiterhin sehr zurückhaltend. Man betont, daß jede Antwort zunächst einmal überprüft werden müsse. „Reuter“ erklärt jedoch, daß in zuständigen Kreisen Londons ein pessimistischer Eindruck vorherrsche. Auch „Press-Association“ meint skeptisch, zumindest für den Augenblick seien die Verwirklichungsmöglichkeiten für den britischen Plan sowie die Aussichten darauf, daß man mit der Zurückziehung der Freiwilligen beginnen könne, sehr gering.

Täglich Freiwilligentransporte

Waren- und Menschensmuggel nach Nationalspanien. Wie in St. Jean de Luz bekannt wird, hat an der französisch-spanischen Grenze in verstärktem Maß wieder ein Waren- und Menschensmuggel eingesetzt. Zwischen den Orten Cerberes und Borthon überschreiten neuerdings täglich 150 bis 200 Freiwillige für Nationalspanien die Grenze in Richtung Barcelona. Diese Transporte dauern seit Beginn des Monats August an. Ebenso werden täglich etwa 200 Faß Benzin nach Barcelona befördert. Es ist interessant, daß die französischen Grenzbehörden eine Verfügung über den Verkehr und die Vorplätze der Benzintransporte nach Barcelona erlassen haben und somit diese Transporte bestätigen.

Unglaubliche Drohungen

Ein Vorstoß der tschechischen Szepresse

Die tschechische Presse hat ihre Schreibweise gegenüber dem Sudetendeutschen, soweit das noch möglich war, noch verstärkt. Besonders auffallend ist ein Artikel in der „Nova Doba“, die von Prag aus stets sehr gut unterrichtet wird, eine Tatsache, die bereits in den Tagen vor dem 21. Mai 1938 bestätigt wurde. Das Blatt schreibt in der Tonart jener Tage u. a.:

„Zwar ist die tschecho-slowakische Regierung zu weiteren Verhandlungen bereit. Gleichzeitig beenden aber auch die tschecho-slowakischen Soldaten ihre letzten Vorbereitungen. Ihre Aufmerksamkeit ist ebenso angespannt wie die Geduld der Politiker. Mit der SdP. werden wir freilich auch abrechnen müssen. Es ist möglich, daß die Zeit kommt, wo man nicht allzu sehr auf die Art und Weise achten dürfen, mit der wir die Autorität des Staates innerhalb der tschecho-slowakischen Grenzen sichern.“

Selbst das Blatt des Ministerpräsidenten, der „Slovenski hlas“, schreibt drohend: „Soll das sudetendeutsche Problem als internationale Frage gelöst werden, so würde das bedeuten, daß auch die tschecho-slowakische Regierung gezwungen sein könnte, zu Mitteln zu greifen, die sie wahrscheinlich hinreichend zur Hand hat.“

Prag gegen tschechische Heftblätter

Einige tschechische Blätter in Brünn und in Prag veröffentlichten eine Nachricht über große Uebungen von Formationen der Sudetendeutschen Partei bei Deutsch-Nasitz, Groß- und Klein-Petersdorf und im Raum zwischen Neutitschein, Kulmel und Odrau. Die in diesen Nachrichten enthaltenen Behauptungen wurden behördlich geprüft. Es wurde festgestellt, daß sie nicht den Tatsachen entsprechen.

Englischer Besuch in Reichenberg

Besichtigung der stillgelegten Industriegebiete

Am Sonntag besuchten drei Angehörige der Mission Lord Kuncimans, Abton-Gwatlin, Stoford und Henderson, die Stadt Reichenberg, wo sie von Bürgermeister Direktor Kohn, vom Bezirksleiter der Sudetendeutschen Partei, vom Präsidialsekretär der Handels- und Gewerbelammer, Dr. Spitaler, vom englischen Konsul und dem Vizekonsul begrüßt wurden. Die Engländer baten zu entschuldigen, daß Kunciman wegen Verbindung nicht selbst gekommen sei, obwohl sein Kommen vorgesehen war. Auf der Fahrt zu den Messehallen, wo die Besichtigung der 19. Reichenberger Messe erfolgte, wurden die englischen Gäste von den Sudetendeutschen, die sich zu Tausenden in den Straßen angesammelt hatten, mit stürmischen Heilrufen begrüßt.

Die Messe fand das größte Interesse der Engländer, die ihrer Freude über diesen Besuch Ausdruck gaben. Es wurde ihnen mitgeteilt, daß die Messe sich ohne jealiche staatliche Unterstützung aus eigenen Mitteln erhalte und ihr sogar die alljährliche Messelotterie bisher nicht bewilligt wurde, obwohl gerade sie die größte Einnahmequelle der Messe darstellt. Diese Mitteilung setzte die Gäste in Erstaunen. In den Messebesuch schloß sich in Begleitung des Bezirksleiters der SdP., des Bürgermeisters und des Präsidialsekretärs eine Fahrt in die Umgegend Reichenbergs an, wo Gelegenheit war, die vielen stillgelegten und zum Teil aufgeschrotteten Fabriken dieses ehemaligen blühenden Industriegebietes in Augenschein zu nehmen.

Radikaler Kampf gegen Prag

Slowakenführer Sidor über das Vermächtnis Hlinkas

Anlässlich der Beisetzungsfeierlichkeiten für Vater Hlinka hatte ein Vertreter der Polnischen Telegraphenagentur eine Unterredung mit dem slowakischen Abgeordneten Sidor. Der Abgeordnete erklärte, Vater Hlinka habe zwar kein politisches Testament hinterlassen, aber vor seinem Tode noch eine Reihe von Verfügungen erlassen, die sowohl das Programm und die Führung der Partei als auch Richtlinien für ihr Organ, den „Slovak“, betrafen. Sidor habe darauf hingewiesen, daß die Frage der neuen Leitung der Partei noch nicht entschieden sei. Vorläufig liege die Führung in Händen eines Rates von 15 Personen, der den kommenden Parteiführer bestimmen werde.

Ludertwirtschaft der Sowjets

Moskauer Landwirtschaftsausstellung erneut um ein Jahr verschoben

In einer gemeinsamen Ausschusssitzung beider Kamern des Moskauer Obersten Sowjets, bei der auch Stalin mit seinen engeren Mitarbeitern zugegen war, wurde beschlossen, die Moskauer Landwirtschaftliche Ausstellung von neuem um ein Jahr zu verschieben. Ursprünglich sollte sie bis zum 1. August 1937 beendet sein. Sie wurde dann aber wegen eingetretener Verzögerungen auf den 1. August 1938 verschoben. Aber auch diesen Termin vermochten die Leiter der Ausstellung nicht einzuhalten, so daß jetzt abermals eine Verschiebung um ein Jahr nötig wurde.

Schließlich wurde dem Obersten Sowjet eine Reihe von Erlassen bekanntgegeben, die das Präsidium des Obersten Sowjets inzwischen selbständig herausgegeben hat und die, formal-juristisch, noch der Bestätigung durch das Präsidium unterliegen. Bei dieser Gelegenheit erfuhr die Öffentlichkeit, daß mittlerweile zwei weitere Volkskommissare der Sowjetunion, und zwar der Kommissar für die Nahrungsmittelindustrie, T. I. I. I., liquidiert worden sind.

Die Konferenz um einen Tag verlängert

Auf der Konferenz der Kleinen Entente in Bled wurden am zweiten Tag nach außen hin alle Anstrengungen gemacht, um den Eindruck einer erfrischenden Zusammenarbeit zwischen den drei Partnern zu erwecken. Die Konferenz mußte jedoch verlängert werden. Das für Montag angekündigte Schlussummuniqué wird voraussichtlich erst am Dienstag ausgegeben werden.